



Mein Gott, Walter - Steinmeiers Rede erinnert an Despoten

Anlässlich seiner Rede zum 9. November drohte Bundespräsident Steinmeier der Alternative für Deutschland faktisch mit einem Parteiverbot, dem Entzug des passiven Wahlrechts, Berufsverboten und dem Entzug der Finanzierung. Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, dazu:

„Die Entgleisungen Steinmeiers zeigen die absolute Verzweiflung eines Präsidenten, der Mitglied einer 14-Prozent-Partei ist, die seit Jahrzehnten am Niedergang Deutschlands beteiligt ist. Seine Drohungen sind nicht Ausdruck von Demokratie, sondern die eines Apparatschiks, der sich an die Macht klammert, kaum Rückhalt im Volk hat und ihn auch nie hatte. Eine schlechte, verschwurbelte, vergeigte Rede nach der anderen. Auch, was Steinmeier da gestern wieder abgesondert hat, ist Amtsmissbrauch und erinnert an Agitation in düstersten Zeiten. Steinmeier ist eine Schande für Deutschland, eine Schande für die Demokratie und eine Schande für die Grundwerte unseres Grundgesetzes. Mike Krüger hatte dazu schon vor Jahrzehnten die richtigen Worte gefunden: , Mein Gott, Walter!“



Pressemitteilungen

Antifa-Ost als Terrororganisation eingestuft – Trump muss Vorbild sein

Die US-amerikanische Regierung unter Donald Trump hat die linksextreme deutsche Gruppe „Antifa-Ost“ sowie drei weitere Gruppen aus Europa auf die Terrorliste gesetzt. Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, begrüßt diesen Schritt und mahnt die Bundesregierung an, sich Trump zum Vorbild zu nehmen.

„Die Antifa ist eine Terrororganisation und es wäre auch für den deutschen Staat ein Leichtes, dagegen vorzugehen. Einzig die Regierenden möchten das nicht. Linksextremer Terror wird toleriert, er darf aber nicht ignoriert oder gar unterstützt werden, wie es in Deutschland der Fall ist. Die AfD-Bundestagsfraktion hatte einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht, aber natürlich hat sich nichts getan. Die US-Regierung macht vor, was in Deutschland auch längst überfällig ist. Jeder Extremismus muss bekämpft, jede Terrororganisation bekämpft und verboten werden. Dafür stehen nur wir von der AfD!“

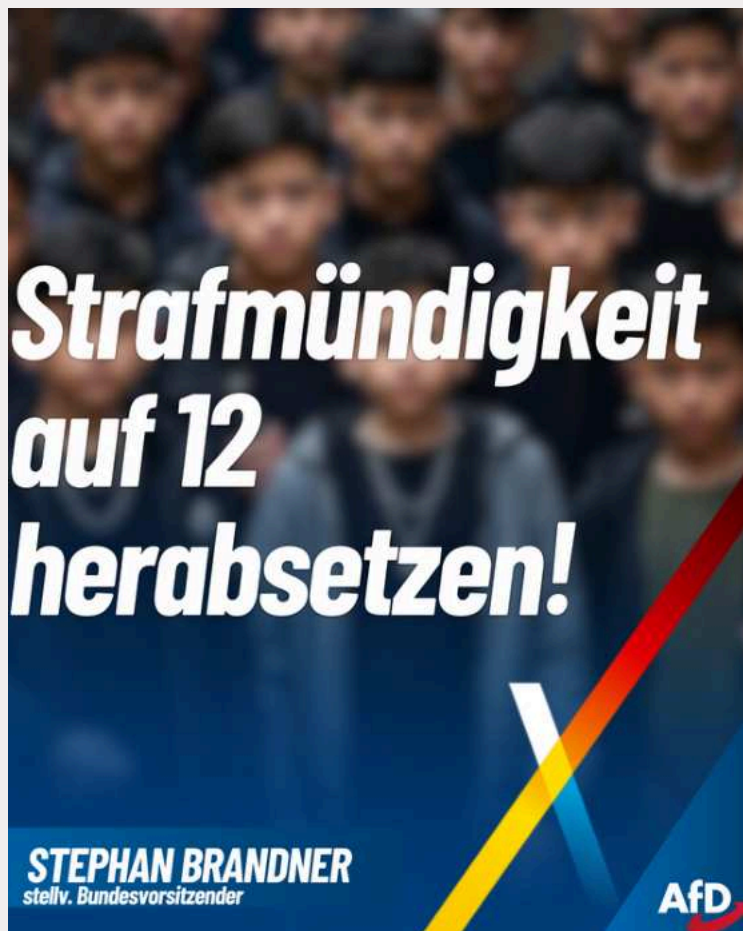


AfD steht bereit, Strafmündigkeit mit Union herabzusetzen

Nach der Veröffentlichung einer Studie der Universität Köln und des Landeskriminalamtes NRW zur Gewalt von Kindern und Jugendlichen machte die rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion Hierl deutlich, dass die Herabsetzung der Strafmündigkeit kein Tabu sei.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, betont, dass – wenn es die Union wirklich ernst meine – eine Mehrheit im Bundestag zur Herabsetzung der Strafmündigkeit vorhanden sei:

„Die AfD steht auch hier zu ihrem Wort. Für uns ist die Herabsetzung der Strafmündigkeit dringend erforderlich. Die aktuelle Rechtslage bildet die Realität nicht mehr ab und wird der Situation der Gewalt an Schulen und auf den Straßen nicht mehr gerecht. Es muss Schluss sein mit den freundlichen Worten und Hinweisen. Wir brauchen eine Null-Toleranz-Politik, die dafür sorgt, dass die Gewalt von Kindern und Jugendlichen endlich massiv bekämpft wird. Dafür stehen wir, und dafür strecken wir der Union die Hand entgegen. Unsere Beschlusslage ist seit langem eindeutig: Wer Verbrechen begeht, muss bereits ab zwölf Jahre strafrechtliche Konsequenzen spüren.“



Aktuelle Videos



Einblicke Plenarwoche



Infostand in Gera



Rückblick Plenarwoche, Mittwoch 12.11.

In der Fragestunde an die Bundesregierung stellte Carolin Bachmann (AfD) die Frage, ob die Rückführung von Geflüchteten nicht zu einer Entspannung am Wohnungsmarkt beitragen könnte. Hubertz antwortete, es müsse investiert werden, damit es auf den Baustellen vorangeht. Es gebe 800.000 genehmigte Bauprojekte, die nicht begonnen worden seien. „Wir spielen nicht Wohnungsprobleme auf dem Rücken von Menschen aus“, sagte sie.

Staatliche Finanzierung der Amadeu Antonio Stiftung aus Bundesmitteln beenden lautet der Titel eines Antrags der AfD-Fraktion. Stephan Brandner sagte dazu: „Gegründet von der ehemaligen Stasispitzelin Kahane führt diese Stiftung seit vielen Jahren eine Tradition der Stasi / SED – linke Repression, Bespitzelung, Einrichtung von Meldestellen, Manipulation und Zersetzung – weiter. Inzwischen agiert und agitiert diese Stiftung, diese vermeintliche Wunderwaffe gegen rechts, sogar offen gegen die Union, spricht von rassistischen Ressentiments und rechtsextremistischen Positionen, die die Union vertreten soll. Und Sie fördern trotzdem weiter in der devoten und naiven Hoffnung, es wird mal irgendwann besser. Wir von der AfD sind keine Verbotspartei. Wir wollen die Stiftung natürlich nicht verbieten. Wir legen aber großen Wert darauf, dass diese Stiftung sich eigenfinanziert.“

Der von der AfD erhobene Vorwurf, Kulturstaatsminister Wolfram Weimer (parteilos) habe in seiner früheren Funktion als Verleger eines Online-Magazins gegen Urheberrecht verstoßen, führte am Mittwoch zu einer scharfen Kontroverse über geistiges Eigentum.

Dr. Götz Frömming (AfD) warf zu Beginn der Debatte dem Kulturstaatsminister vor, in seiner Zeit als Verleger des Online-Magazins The European zahlreiche Texte von bekannten Persönlichkeiten ohne deren Zustimmung veröffentlicht zu haben. Viel problematischer ist aus Sicht des AfD-Abgeordneten jedoch die bestehende Verquickung von Funktionen. So habe der Kulturstaatsminister dem Bundestag verschwiegen, dass er nach wie vor große Anteile an der Weimer Media Group GmbH besitze – dem Verlag, in dem auch das Online-Magazin erscheine.



Rückblick Plenarwoche, Donnerstag 6.11.

Einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel **„Politisch motivierte Kontenkündigung durch Banken verbieten“** hat der Bundestag am Donnerstag erstmals debattiert. Zahlungs- und Bankdienstleistungen sollen nicht aufgrund von politischen Meinungen, Parteizugehörigkeiten oder rechtlich zulässigen Geschäftstätigkeiten verweigert oder eingeschränkt werden dürfen. Die Fraktion begründet ihren Antrag damit, dass in zahlreichen Fällen Konten von Oppositionspolitikern, regierungskritischen Medien oder Vereinen ohne sachliche Grundlage gekündigt oder gar nicht erst eröffnet worden seien.

„EU-Abhängigkeit durchbrechen – **Gestaltungsfreiheit von Städten und Gemeinden bewahren**“ lautet der Titel eines Antrags der AfD-Fraktion. Ziel des Antrags ist es unter anderem, die für Regionen und Kommunen geltenden Förderprogramme der EU zu vereinfachen und zu reduzieren.

Mit zwei Anträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich der Deutsche Bundestag zur Wirtschaft befasst. Enrico **Komning** (AfD) lehnte die Anträge der Grünen komplett ab: „Am besten wir machen das alles, was darin steht – nicht“, sagte er. Was in den Vorschlägen der Grünen als „Transformation“, vom Umbau der Wirtschaft und der Gesellschaft beschrieben werde, sei nichts anderes als „eine gigantische Bevormundungsmaschine, ein Staatsprojekt, das den Bürgern sagt, was sie zu tun und zu lassen haben“. Die Transformationspolitik der Grünen vertraue nicht auf die Marktkräfte, sondern setze auf staatliche Lenkung. „Deutschland braucht keine neue Planwirtschaft“.



Rückblick Plenarwoche, Freitag 7.11.

Die Bundesregierung will mit der Aktivrente finanzielle Anreize für mehr Erwerbstätigkeit im Alter auf den Weg bringen. Ihren Gesetzentwurf „zur steuerlichen Förderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rentenalter“ hat der Bundestag am **Freitag** beraten. Auf der Tagesordnung stand außerdem ein Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Steuerfreier Hinzuverdienst für Senioren – Neuen 12.000-Euro-Freibetrag zusätzlich zum bestehenden Grundfreibetrag einführen“. Darin geht es im Kern auch um einen steuerfreien Hinzuverdienst, der aber nicht für 24.000 Euro wie bei der Aktivrente, sondern nur für 12.000 Euro, dafür aber für alle Senioren, gelten soll.

Der Bundestag hat am **Freitag** erstmals über einen Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „**Bundestagsabgeordnete vollumfänglich in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen**“ beraten.

Den Antrag der Linksfraktion bewertete **Ulrike Schielke-Ziesing (AfD)** als den „üblichen sozialistischen Käse“. Darin finde sich nicht nur die Forderung nach einer Verdopplung der Beitragsbemessungsgrenze für alle. Die Linksfraktion wolle auch noch höhere Renten kürzen. „Mit anderen Worten: Erst wenn alle gleich arm sind, sind Sie zufrieden.“ Am Ende dessen stehe dann die Einheitsrente, sagte die AfD-Abgeordnete.

Stephan Brandner (AfD) sagte in seiner Rede: Der aufmerksame Beobachter dieser Parlamentsdebatte wird ein Déjà-vu-Erlebnis haben. Vor etwa fünf Wochen haben wir von der Alternative für Deutschland einen guten, ausgewogenen, sozialgerechten Antrag vorgelegt, die Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen und einzahlen zu lassen. Das wurde natürlich von der geballten Einheitsfront der Altparteien abgelehnt.Das ist also ein Rumgeeiere sondergleichen auf der sozialistischen Seite dieses Bundestages. Kommen Sie von Ihrem hohen Ross herunter, und stimmen Sie dem Antrag der Linken - heute wird darüber nicht abgestimmt - nicht zu, weil er sozial unausgewogen ist, ein sozialistischer Frontalangriff auf die Leistungsträger in unserem Land. Auf der anderen Seite: Stimmen Sie unserem Antrag zu!“

Die AfD-Fraktion will „**Dauerduldungen unattraktiver machen** durch Abschaffung der Analogleistungen nach Paragraph 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes“. Damit bilde Deutschland europaweit eine Ausnahme und biete „mit Sozialleistungen, die denen deutscher Sozialhilfeempfänger entsprechen, einen entscheidenden Pull-Faktor“.



Unsere nächsten Termine

Lena KOTRÉ
MdL, Wahlkreisabgeordnete

Stephan BRANDNER
MdB, stellv. Bundessprecher

Matthäus MIKOLASZEK
Landratskandidat für den Barnim



Brandner kommt

zum Bürgerdialog

Dienstag, 25. November 2025
18:30 Uhr

16356, Ahrensfelde OT Blumberg
Stufensaal, Schloßstraße 7

AfD
Ortsverband Ahrensfelde

8.12.2025

Sprechstunde

Gera

Stephan BRANDNER

 **Montag, 8. Dezember 2025**

 **Wahlkreisbüro Gera**
Rudolf-Diener-Str. 21
07545 Gera

 **Anmeldung unter**
stephan.brandner.ma04@bundestag.de

AfD

Herzliche Einladung zur Weihnachtsfeier des AfD-Kreisverbands Traunstein

Samstag, 6.12.25, 17:00 Uhr.
Anmeldung über info@afd-traunstein.de



Stephan Brandner
Parlamentarischer Geschäftsführer
mit Bericht aus der Fraktion

Dr. Christoph Birghan
Kreisverband Traunstein **AfD**

**Stephan Brandner
zu Gast im Allgäu!**



Peter FELSER
Parlamentarischer Geschäftsführer
AfD-Fraktion im Bundestag

Stephan Brandner
Mitglied des Bundestags
Stellv. Bundessprecher der AfD

Wolfgang PLACH
Landratskandidat im Oberallgäu
Vorsitzender AfD Altusried

AUFTAKT ZUR KOMMUNALWAHL '26

SONNTAG, 7. DEZEMBER UM 19 UHR

RÖSSLE-SAAL ALTUSRIED St.-Georg-Straße 2
87463 Dietmannsried

**Komm, wir retten
unsere Heimat!**

**KOMMEN SIE
VORBEI!**
Eine Anmeldung ist
nicht erforderlich.

AfD

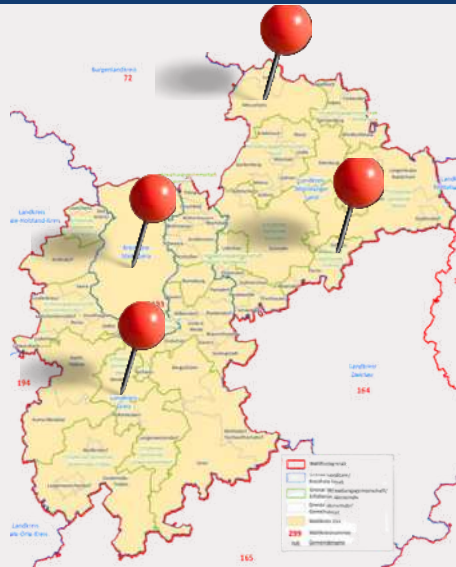


**STEPHAN
BRANDNER**

Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
☎ Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
📠 Fax: 03 65 - 22 69 12 50
✉ kontakt@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
☎ Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
✉ goessnitz@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
✉ meuselwitz@brandner-im-bundestag.de

Neu! 🕒 Geöffnet: Di. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
✉ weida@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1. Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

 www.facebook.com/stBrandner
 www.instagram.com/stephanbrandner
 www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
 t.me/StephanBrandnerMdB
 www.tiktok.com/@brandner_afd
 <https://twitter.com/BrandnerSt>

